Erklärung von Franz Vranitzky vor dem Nationalrat (Wien, 14. Dezember 1992)

Legende: Am 14. Dezember 1992 hält der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky vor dem Nationalrat in Wien eine Rede, in der er die von den Zwölf auf dem Europäischen Rat von Edinburgh verabschiedeten Maßnahmen zur Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften begrüßt.

Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Texte und Dokumente N°1, Februar 1993. Wien: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, [s.d.]. 118 S.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.
Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.
Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_franz_vranitzky_vor_dem_nationalrat_wien_14_dezember_1992-de-a94f8431-f0cc-4a21-b423-d0251ba34b31.html
Publication date: 23/10/2012

Erklärung von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vor dem Nationalrat, Wien, am 14. Dezember 1992

„Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gipfeltreffen der Staats- beziehungsweise Regierungschefs der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Edinburgh vom vergangenen Wochenende wird in die Geschichte der Europäischen Gemeinschaften selbst, aber auch in die Geschichte Österreichs eingehen.

Was den jüngsten Gipfel in Schottland so besonders hervorhebt, ist das politische Signal, das gesetzt wurde. Die EG hat in einer schwierigen Phase Flexibilität und Entscheidungskraft gezeigt und so die Voraussetzungen geschaffen, jenes Vertrauen wiederaufzubauen, das notwendig ist, um die Arbeit an einem vereinten und geeinten Europa weiterzubetreiben, zu dem es im Interesse von Frieden sowie ökonomischer, sozialer und ökologischer Zukunftssicherung keine Alternative gibt.

Für unser Land hat der Gipfel von Edinburgh ein ganz spezielles, sicherlich ein erfreuliches Ergebnis gebracht, indem der offizielle Startschuß für die Verhandlungen mit den beitrittswilligen EG-Ländern gegeben wurde. Diese Tatsache erfüllt uns mit Genugtuung, auch wenn wir der Meinung sind, daß wir nicht zuletzt aufgrund der überaus positiven Einschätzung unseres Beitrittsansuchens und des frühen Zeitpunkts unseres Antrags einen solchen Schritt durchaus mit Recht erwarten durften. Es sei an dieser Stelle bereits all jenen gedankt, die mit ihren Bemühungen und Anstrengungen dazu beigetragen haben, diesen Standpunkt durchzusetzen, der für unser Land von so großer Wichtigkeit für die Zukunft ist.

Trotz der jüngsten Erfolge ist es - ausgelöst durch die dramatischen Ereignisse im Osten und Südosten Europas und begleitet von einem Einbruch der Weltwirtschaft - zuletzt in einigen Ländern zu einer spürbaren Verunsicherung über den Kurs des Integrationsprozesses gekommen.

Wie immer diese Verunsicherung im einzelnen begründet wird, ist sicherlich auch in Rechnung zu stellen, daß es sich bei einer so schwierigen und komplexen Aufgabe wie der europäischen Einigung um einen langen Prozeß handelt, in dem es eben nicht nur Erfolge, sondern auch Rückschläge und Zeiten der Krise gibt.

Die Bundesregierung war deshalb immer bemüht, die Entwicklungen nüchtern und mit der nötigen Distanz abzuschätzen. Aus dieser Perspektive erschien der vielerorts spürbare Pessimismus ebenso unangebracht wie die noch vor einiger Zeit herrschende „Europhorie“.

Das knappe Nein der Dänen zu den Maastrichter Verträgen sowie das ebenfalls knappe Nein der Schweiz zum EWR waren deshalb aus österreichischer Sicht Rückschläge. Den Sinn und die Notwendigkeit der Integration haben wir dadurch jedoch niemals in Frage gestellt gesehen. Ich war im Gegenteil immer davon überzeugt, daß die innerhalb Europas sichtbar gewordenen Diskrepanzen und Schwierigkeiten nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Gemeinsamkeit beantwortet werden müssen.

Das Gipfeltreffen von Edinburgh hat vor wenigen Tagen den Weg zur Lösung des dänischen Problems und der offenen Budgetfragen geebnet. Damit ist man der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union zweifellos sehr viel näher gekommen. Die Übernahme einer historischen Verantwortung durch die Gemeinschaft ist damit wieder glaubhafter geworden, als man das noch vor kurzem annehmen konnte.

Die Staats- und Regierungschefs der Zwölf haben darüber hinaus in Edinburgh beschlossen, bereits Anfang 1993 die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland zu beginnen. Diese Entscheidung der EG bestätigt die Richtigkeit unserer Europapolitik, und wir nehmen sie daher mit Freude und großer Genugtuung zur Kenntnis.

Der Weg zu dieser Entscheidung war nicht einfach. Ich selber habe noch vor wenigen Tagen in Edinburgh lange und intensive Gespräche dazu geführt. Es ist insgesamt der unermüdlichen Überzeugungsarbeit jedes einzelnen Mitglieds der Bundesregierung zu verdanken, daß es nun zu diesem Wendepunkt kam.

Ich möchte betonen: Für Österreich, für jede Bürgerin und für jeden Bürger unseres Landes, aber auch für die Politik stellt der Beitritt zur EG eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung dar. Worin besteht nun diese Herausforderung? Sie besteht in allererster Linie darin, zu erkennen, daß auf diesem europäischen Kontinent eine so große Zahl an Aufgaben und Problemen besteht, die alle Länder gemeinsam betreffen, und daher die Lösung dieser Probleme ebenfalls nur gemeinsam erarbeitet werden kann.

Über Jahre und Jahrzehnte haben die Westeuropäer daran gearbeitet, daß uns die staatlichen Grenzen in unserer Freizügigkeit, in unserer Entfaltungsmöglichkeit, letztendlich in unserer persönlichen Freiheit nicht mehr behindern mögen. Das haben wir in vielfacher Hinsicht erreicht und damit unsere Entfaltungsspielräume und unseren Wohlstand begründet. Es wäre eine Umkehr der Gesetze der Logik, würden wir meinen, jetzt in dieser Gemeinsamkeit und Vielfalt innehalten oder gar die Gemeinsamkeit zurückschrauben zu sollen.

Geben wir uns dieser rückschrittlichen Denkweise also nicht hin, dann folgt daraus logisch: Die Ebene des Nationalstaats allein wird nicht ausreichen, um die sich für uns alle stellenden Aufgaben ohne gemeinsames Vorgehen zu bewältigen.

Wie anders kann die Sicherheit unseres Landes in einer so turbulenten und instabilen Zeit sichergestellt werden, wie anders können die drängenden wirtschaftlichen Probleme bewältigt werden als durch den Schulterschluß mit den anderen europäischen Demokratien?

Dasselbe gilt für das Problem der Wanderungsbewegungen. Der Strom von Flüchtlingen und Immigranten ist von dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen ausgelöst worden. Dagegen hilft weder die Illusion einer ‚Insel der Seligen' noch der Ruf nach einem neuen Eisernen Vorhang um unsere Grenzen. Wir müssen die Ursachen dieser globalen Probleme angehen - auch das kann nur auf gesamteuropäischer Ebene gelingen.

Selbstverständlich kann auch die ungeheuer große Aufgabe des Aufbaus demokratischer Strukturen und einer funktionierenden Marktwirtschaft in den Reformstaaten Zentral- und Osteuropas nur in einem geeinten Europa bewältigt werden.

Dasselbe gilt für unsere Umwelt: Die Verschmutzung der Atmosphäre und der Gewässer, das Artensterben kennen keine nationalen Grenzen. Es genügt nicht, allein in unserem Land etwas zu tun - auch diese Frage müssen wir auf gesamteuropäischer Ebene lösen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa hat vor wenigen Jahren den Triumph der Demokratie, der pluralistischen Gesellschaft erlebt. Doch wie so oft in der Geschichte hat dieser Sieg ein zweites Gesicht: Überall, und nicht nur im Osten, zeigt sich die Fratze des Nationalismus, der Intoleranz, des Rassismus und einer neuen - oder doch gar nicht so neuen - totalitären Ideologie. Es gilt, diesem Ungeist der Zeit ein politisch starkes, geeintes und demokratisches Europa entgegenzusetzen, ein prosperierendes und solidarisches Europa, das den Wohlstand, die Sicherheit und den sozialen Frieden für unsere und für die kommenden Generationen zum Inhalt hat.

Die europäische Vision muß daher - und nur so wird aus der Vision eine reale Gegebenheit werden - zuallererst eine menschliche sein. Das heißt, ein menschliches Europa muß eine Gemeinsamkeit anbieten, in der soziale Unsicherheit, individuelle Verarmung und aus der dumpfen Brutalität herrührende Kulturlosigkeit Fremdbegriffe werden oder bleiben - eine Gemeinsamkeit schließlich, in der die größeren und die kleineren Terroristen nicht Furcht auslösen, sondern den verdienten Platz der Lächerlichkeit einnehmen.

Aus Edinburgh signalisiert die Europäische Gemeinschaft, daß sie bereit ist, aus ihren Krisen zu lernen und Reformimpulse aufzunehmen. Die EG-Kommission und die Verantwortlichen in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten haben erkannt, daß die Grundsätze der Transparenz, der Subsidiarität sowie der parlamentarischen Mitbestimmung ernst genommen werden müssen. Das sind Entwicklungen, die gerade

Österreich sehr entgegenkommen. Probleme müssen dort gelöst werden, wo dies am effizientesten möglich und wo der Grundsatz der demokratischen Kontrolle am besten verwirklicht ist.

Ich bin der festen Überzeugung, daß der Beitritt der EFTA-Länder dazu beitragen wird, die EG in vieler Hinsicht - etwa im Bereich des Umweltschutzes oder der Sozialpolitik - positiv weiterzuentwickeln. Äußerungen zahlreicher Politiker aus EG-Staaten zeigen, daß auch die Gemeinschaft vom Beitritt Österreichs wichtige Impulse in diesen Bereichen erhofft.

Hohes Haus! Der Ausgang der Volksabstimmung in der Schweiz wird das Inkrafttreten des EWR zwar um einige Monate verzögern, stellt ihn aber nach einhelliger Meinung aller übrigen EFTA-Länder und der EG nicht in Frage. Das klare Ja Liechtensteins unterstreicht dies deutlich. Die Minister der EFTA-Länder haben deshalb am 10. und 11. Dezember letzten Jahres in Genf beschlossen, möglichst schnell die notwendigen technischen Anpassungen des EWR-Abkommens vorzunehmen und damit den Weg für das Inkrafttreten des Vertrags freizumachen.

Die Bundesregierung bekräftigt in diesem Zusammenhang erneut ihr festes Engagement für ein Inkrafttreten des EWR-Abkommens zum frühestmöglichen Zeitpunkt und ist der Ansicht, daß die noch offenen gesetzgeberischen Vorarbeiten für den Europäischen Wirtschaftsraum zügig weitergeführt werden sollen.

Ich möchte noch einmal betonen: Der EWR ist für uns weder ein Umweg noch eine Fleißaufgabe. Er wird Österreich die Möglichkeit bieten, über weite Strecken am Binnenmarkt der EG und an den vier Freiheiten teilzunehmen und in flankierenden Bereichen wie Forschung und Umweltschutz eng mit der EG zusammenzuarbeiten.

Der Europäische Wirtschaftsraum ist kein abstraktes Vertragswerk, er bietet im Gegenteil konkrete Chancen für Österreich, Arbeitsplätze zu schaffen, Marktanteile zu sichern und am wissenschaftlichen Austausch in Europa mitzuwirken.

Hohes Haus! Mit dem Eintritt in die Verhandlungen über einen EG-Beitritt wird die österreichische Bundesregierung ihre Informationsarbeit verstärken. Die europäische Einigung ist ein großes Ziel, das in vielen kleinen Schritten erreicht werden muß. Es ergibt sich damit eine Fülle und Komplexität von Informationen, bei denen sich der einzelne oft überfordert vorkommt.

Die Bundesregierung hat deshalb vor einiger Zeit damit begonnen, alle Informationen zusammenzutragen, die für die Österreicherinnen und Österreicher angesichts des Zusammenwachsens Europas von Bedeutung sind. Wir haben zusätzlich eine Werbeaktivität gestartet, um die Österreicherinnen und Österreicher auch dazu zu bringen, sich mit diesen Informationen auseinanderzusetzen. Sie ist Werbung um mehr Interesse, sich mit der vorbereiteten Information auch auseinanderzusetzen.

Bei der Erstellung der Information waren wir sehr darauf bedacht, nicht nur die Vorteile und Chancen herauszuarbeiten, die sich für die einzelnen Branchen und Sektoren in Österreich bei einem EG-Beitritt ergeben, sondern auch auf die Anpassungserfordernisse hinzuweisen, die ein solcher Prozeß mit sich bringt.

Eines muß klar sein: Werbung kann und soll Information nicht ersetzen, sie soll dazu anregen, sich mit Information auseinanderzusetzen. Die Bundesregierung hat eine große Zahl von Aktivitäten zur Information gestartet.

Es sind nun auch alle anderen, alle Institutionen, alle Gebietskörperschaften, alle Verbände, Parteien und so weiter, die ja zu Europa gesagt haben, aufgerufen, diesem Ja auch weitere Schritte folgen zu lassen. Nur so werden wir die berechtigte Frage jeder Österreicherin und jedes Österreichers: ‚Was wird sich bei einem Beitritt für mich ganz persönlich, in meiner engeren Umwelt, an meinem Arbeitsplatz, in meinem Lebensbereich ändern?', beantworten können.

Meine Damen und Herren! Mit dem vergangenen Wochenende treten die Vorbereitungen für einen Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften in eine ganz entscheidende Phase. Sicher hat es auch

bisher eine große Menge an Vorbereitungsarbeit, eine Fülle von Einzelschritten und von Kontakten und viele wichtige Maßnahmen gegeben. Aber irgendwie fehlte für diese Schritte der unmittelbare Ansprechpartner.

Damit ist es nun vorbei. Es beginnt jetzt die Phase der Vorbereitung für die Verhandlungen, in denen gleichberechtigte Partner einander gegenübersitzen. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir Österreich einen Platz im vereinten Europa sichern wollen, dies nicht aus irgendwelchen falsch verstandenen Ideologien, sondern deshalb, weil wir der Meinung sind, daß eine EG-Mitgliedschaft das Beste für die Zukunft unseres Landes ist. Wir würden die Auswirkungen eines vereinten Europas, eines einheitlichen Binnenmarkts in jedem Fall spüren, hätten aber nicht die Möglichkeit, an seiner Gestaltung aktiv teilzunehmen. Nur mit einer solchen Teilnahme können wir für die Zukunft das absichern, was in den vergangenen Jahrzehnten in Österreich erarbeitet wurde.

Aber wir sind - ich habe es bereits gesagt - keine Bittsteller in Brüssel, wir sehen uns als gleichberechtigte Verhandler. Und so wie die Bundesregierung den Antrag auf Beitritt unseres Landes in der Überzeugung gestellt hat, daß das Beste für die Österreicherinnen und Österreicher ist, so werden wir uns auf die Verhandlungen gewissenhaft vorbereiten und diese zum Besten unserer Interessen führen.

Es macht wenig Sinn, darüber zu spekulieren, wie lange diese Verhandlungen dauern werden. Man kann davon ausgehen, daß sie aufgrund der hervorragenden Eckdaten in Gesellschaft und Wirtschaft unseres Landes nur einige Monate in Anspruch nehmen werden. Dann wird es an den Österreicherinnen und Österreichern liegen, in einem Referendum ihre Meinung darüber auszudrücken, wie Österreich seine Zukunft gestalten soll.

Hohes Haus! Wir Österreicher wissen, daß Wohlstand und soziale Sicherheit nicht von sich aus gegeben sind, sondern immer wieder aufs neue erkämpft und erarbeitet werden müssen. Ich bin der Überzeugung, daß die Österreicher auch erkennen, daß dies angesichts der enormen Herausforderungen, der sich unser Kontinent gegenübersieht, im gesamteuropäischen Rahmen um vieles leichter zu erreichen sein wird.

Isolation kann jedenfalls nicht unser Weg sein! Ich als Bundeskanzler und die gesamte Bundesregierung sind entschlossen, Österreich nicht in die Isolation und eine politische und wirtschaftliche Randposition zu führen.

Wir wollen Österreich seinen Platz in einem geeinten, prosperierenden und sicheren Europa geben. Die Beschlüsse des Gipfeltreffens von Edinburgh haben dafür die ersten Voraussetzungen geschaffen."

(Sten. Prot. NR, XVIII. GP, 95. Sitzung, 14. Dezember 1992, S. 10645-10648)